

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 61/0628/WP18
Federführende Dienststelle: FB 61 - Fachbereich Stadtentwicklung, -planung und Mobilitätsinfrastruktur Beteiligte Dienststelle/n:		Status: öffentlich
		Datum: 28.02.2023
		Verfasser/in: FB 61/010 // Dez. III
Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.01.2023, öffentlicher Teil		
Ziele: Klimarelevanz keine		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
09.03.2023	Planungsausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Planungsausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 19.01.2023, öffentlicher Teil.

Anlage/n:

Niederschrift vom 19.01.2023, öffentlicher Teil

N i e d e r s c h r i f t

Sitzung des Planungsausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 19.01.2023
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:20 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesende:

Ratsherr Johannes Hucke

Bürgermeister Norbert Plum

Ratsherr Christoph Allemand

Ratsherr Marc Beus

Ratsfrau Andrea Derichs

Vertretung für: Ratsherr Harald Baal

Ratsherr Achim Ferrari

Ratsherr Wilhelm Helg

Ratsfrau Doris Kurschilgen

bis 17:30 Uhr, Vertretung für: Ratsherr Carsten Schaadt

Ratsherr Henning Nießen

Ratsherr Wolfgang Palm

Ratsherr Carsten Schaadt

ab 17:30 Uhr

Herr Paul Rütgers

Vertretung für: Ratsfrau Gaby Breuer

Frau Maria Dörter

Herr Jan Frieders

Herr Alexander Gilson

Herr Tobias Küppers

Herr Dieter Müller

Frau Claudia Plum

Herr Ralf Demmer

Frau Brigitte Roth

Vertretung für: Herrn Ernst-Rudolf Kühn

Abwesende:

Ratsherr Harald Baal

entschuldigt

Ratsfrau Gaby Breuer

entschuldigt

Herr Ernst-Rudolf Kühn

entschuldigt

von der Verwaltung:

Frau Burgdorff

Dez. III

Herr Bierfert

FB 37

Herr Engel

FB 02

Frau Hajock

E 26

Herr Herrmann

FB 13

Frau Krücken

FB 61

Herr Papadopoulos

E 26

Herr Schavan

E 26

Frau Schneiders

FB 20

Herr Schuster

FB 60

Frau Steffens

FB 61

Frau Strehle

FB 61

als Schriftführerin:

Frau Vohn

FB 61

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 08.12.2022, öffentlicher Teil**

- 3 **Vorstellung eines Denkmals: Die Villa Königsberger von Fritz August Breuhaus de Groot**

- 4 **Haushaltsplanberatungen 2023 einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung bis 2026
Vorlage: FB 61/0582/WP18**

- 5 **Baumaßnahme im Rahmen des Betreuungsplatzausbaus: Breitbenden - Neubau einer
fünfgruppigen Kita
Entwurf, Kostenberechnung und Baubeschluss
Vorlage: FB 45/0313/WP18**

- 6 **Bebauungsplan Nr. 1001 - Sonnenscheinstraße / Neue Dauerkleingartenanlage -
hier:
- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB
- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2) BauGB
- Empfehlung zum Satzungsbeschluss
Vorlage: FB 61/0561/WP18**

- 7 **I. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr 998 - Vaalser Straße /
Neuenhofer Weg -hier Änderungs- und Offenlagebeschluss
Vorlage: FB 61/0574/WP18**

- 8 **Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Rothe Erde | Einleitung von Vorbereitenden
Untersuchungen
Vorlage: FB 02/0217/WP18**

- 9 **Bebauungsplan - Philipsstraße / Lilienthalweg –
hier:**
1. **Aufstellungsbeschluss**
2. **Erlass einer Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht gem. § 25 BauGB im
Stadtbezirk Aachen-Mitte für den Bereich Philipsstraße / Lilienthalweg**
Vorlage: FB 61/0543/WP18
- 10 **Aufhebung der Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht gem. § 25 BauGB am
Dreiländereck**
Vorlage: FB 61/0559/WP18
- 11 **Mitteilungen der Verwaltung**
- 12 **Interimsfeuerwache - Standortentscheidung**
Vorlage: FB 37/0018/WP18

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 08.12.2022, nichtöffentlicher Teil:**
- 2 **Private Bauvorhaben:**
- 3 **Mitteilungen der Verwaltung:**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Hucke eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses sowie die Vertreter*innen von Verwaltung, Presse und Öffentlichkeit.

Zur Tagesordnung schlägt er vor, den als TOP I/12 am Ende des öffentlichen Teils vorgesehenen Punkt „Interimsfeuerwache – Standortentscheidung“ vorzuziehen und im Anschluss an TOP I/5 zu behandeln.
Der Ausschuss stimmt diesem Vorschlag einvernehmlich zu.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 08.12.2022, öffentlicher Teil

Da die Niederschrift noch nicht vorliegt, wird die Genehmigung einvernehmlich vertagt.

zu 3 Vorstellung eines Denkmals: Die Villa Königsberger von Fritz August Breuhaus de Groot

Frau Krücken stellt die als Denkmal eingetragene Villa Königsberger und ihren sozialhistorischen Zeugniswert vor. Die dem Vortrag zugrunde liegende Präsentation steht im Ratsinformationssystem als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis, eine Beschlussfassung erfolgt nicht.

zu 4 Haushaltsplanberatungen 2023 einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung bis 2026

Vorlage: FB 61/0582/WP18

Herr Hucke schlägt vor, dass die Fraktionen ihre Änderungsanträge jeweils vortragen, so dass er getrennt darüber abstimmen lassen könne. Die abschließende Beschlussfassung könne dann unter Berücksichtigung der gegebenenfalls gefassten Änderungsbeschlüsse erfolgen.

Für die Fraktionen Grüne und SPD trägt Frau Dörter die Änderungsanträge der Koalition vor, die mit folgenden Ergebnissen beschlossen werden:

Maßnahme		Ansatz 2023	Abstimmungsergebnis
4-090101-054-7 Planung Bachhoffenlegung Innenstadt	Ansatz (alt)	0 €	einstimmig beschlossen
	Veränderung	30.000 €	
	Ansatz (neu)	30.000 €	
Neu Planung Sicherung Forsthaus Lousberg	Ansatz (alt)	0 €	mehrheitlich beschlossen bei 3 Enthaltungen und 1 Gegenstimme
	Veränderung	20.000 €	
	Ansatz (neu)	20.000 €	
Neu Planungsmittel Blücherplatz	Ansatz (alt)	0 €	mehrheitlich beschlossen bei 3 Gegenstimmen
	Veränderung	100.000 €	
	Ansatz (neu)	100.000 €	
Neu Masterplan Sportpark Soers	Ansatz (alt)	0 €	einstimmig beschlossen
	Veränderung	200.000 €	
	Ansatz (neu)	200.000 €	
Neu Rahmenplanung Alt- Richterich	Ansatz (alt)	0 €	mehrheitlich beschlossen bei einer Gegenstimme
	Veränderung	40.000 €	
	Ansatz (neu)	40.000 €	

Für die Fraktion Die Linke stellt Herr Beus zwei Änderungsanträge, die mit folgenden Ergebnissen zur Abstimmung gestellt werden:

Maßnahme		Ansatz 2023	Abstimmungsergebnis
Neuer Eingang Musikbunker Goffartstraße	Ansatz (alt)	0 €	mehrheitlich abgelehnt bei 1 Ja- Stimme und 1 Enthaltung
	Veränderung	500.000 €	
	Ansatz (neu)	500.000 €	
Sanierung Altes Forsthaus Lousberg	Ansatz (alt)	0 €	mehrheitlich abgelehnt bei 2 Ja- Stimmen
	Veränderung	1.000.000 €	
	Ansatz (neu)	1.000.000 €	

Abschließend ergeht folgender

Beschluss:

Der Planungsausschuss beschließt unter Berücksichtigung der zuvor gefassten Einzelbeschlüsse und ausschließlich der Personalaufwendungen die Teilergebnispläne der Produkte

010601 – Vergabewesen und HOAI-Musterverträge

090101 – Räumliche Planung und Entwicklung

090103 – Städtebauliche Verträge

090301 – Geoinformationsdienste, -management, u.a.

090401 – Bodenordnung, Bewertung, Ortsbaurecht

100101 – Bauaufsicht

100201 – Bauverwaltung

100301 – Zuschusswesen Dez. III

100901 – Denkmalschutz und Denkmalpflege

150102 – Entwicklung städtebaulicher Standortfaktoren

entsprechend dem Haushaltsplanentwurf 2023 und der Finanzplanung 2024-2026 einschließlich der Veränderungsnachweisung und der Produktblätter und beauftragt die Verwaltung, die Beratungsergebnisse in die jeweiligen Teilfinanzpläne zu übertragen.

Der Planungsausschuss beschließt ebenfalls die in den entsprechenden Teilfinanzplänen veranschlagten Investitionen sowie deren Finanzplanung 2024-2026 einschließlich der Veränderungsnachweisung und beauftragt die Verwaltung, die Auswirkungen der Veränderungen in der Teilfinanzplanung in die Ergebnisplanung einzuarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen (FDP, AfD)

zu 5 Baumaßnahme im Rahmen des Betreuungsplatzausbaus: Breitbenden - Neubau einer fünfgruppigen Kita**Entwurf, Kostenberechnung und Baubeschluss****Vorlage: FB 45/0313/WP18**

Für die Fraktion der Grünen begrüßt Herr Schaadt das Projekt. Nachdem zu Beginn einige Stolpersteine aus dem Weg geräumt werden mussten, habe man nun ein sehr schönes Ergebnis als Grundlage für eine nachhaltige Investition in die Zukunft. Mit einem zertifizierten Holzbau bewege man sich einen wichtigen Schritt in Richtung „Neues Bauen“. Die Kostenentwicklung sei in der Vorlage seriös und nachvollziehbar dargestellt, insbesondere werde deutlich, dass die Kostensteigerung der allgemeinen Entwicklung des Baupreisindexes geschuldet und nicht durch die nachhaltige Bauweise verursacht sei. Seine Fraktion werde dem Baubeschluss heute gerne zustimmen.

Für die Fraktion Die Linke stimmt Herr Beus den Ausführungen von Herrn Schaadt zu. Man sei sehr glücklich über den Fortschritt des Vorhabens, der Ausbau sei schließlich dringend notwendig. Das Bauen

mit Holz sei unter den aktuellen Rahmenbedingungen der richtige Ansatz, man sei nun gespannt auf die Realisierungsphase und das Ergebnis.

Für die SPD-Fraktion schließt sich Herr Plum der positiven Bewertung des Projekts an. Auch seine Fraktion wolle den Baubeschluss heute fassen; man bitte dabei jedoch darum, auf die Einhaltung der zulässigen Formaldehydwerte zu achten. Dies habe sich in der Vergangenheit bei Holzbauten schon als problematisch erwiesen.

Für die CDU-Fraktion signalisiert auch Herr Gilson Unterstützung für den Baubeschluss. Es sei wichtig, den Ausbau zügig voranzutreiben, in Eilendorf herrsche ein hoher Bedarf an weiteren Betreuungsplätzen.

Herr Schavan dankt dem Ausschuss für die positiven Rückmeldungen. Auch für das Gebäudemanagement stelle das Projekt mit seinem zukunftsweisenden Ansatz einen Meilenstein dar. Man sei sicher, dass man hier extrem viel lernen könne.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt die Entwurfsplanung und die Kostenberechnung zur Kenntnis und fasst den Baubeschluss für den Kita-Neubau Breitenden entsprechend der Vorlage.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 6 Bebauungsplan Nr. 1001 - Sonnenscheinstraße / Neue Dauerkleingartenanlage -

hier:

- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB
- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2) BauGB
- Empfehlung zum Satzungsbeschluss

Vorlage: FB 61/0561/WP18

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung über das Ergebnis der öffentlichen Auslegung zur Kenntnis.

Er empfiehlt dem Rat, nach Abwägung der privaten und öffentlichen Belange, die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden zur öffentlichen Auslegung, die nicht berücksichtigt werden konnten, zurückzuweisen und den Bebauungsplan Nr. 1001 - Sonnenscheinstraße / Neue Dauerkleingartenanlage - gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

PLA/22/WP18

Ausdruck vom: 11.02.2023

Seite: 8/16

**zu 7 I. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr 998 - Vaalser Straße /
Neuenhofer Weg -hier Änderungs- und Offenlagebeschluss
Vorlage: FB 61/0574/WP18**

Auf Nachfrage von Herrn Plum erklärt Herr Schuster, dass der Verwaltung bislang keine Wechsel des Vorhabenträgers aufgrund einer Fusion angezeigt wurde. Man werde jedoch den aktuellen Stand in Erfahrung bringen und den Ausschuss entsprechend informieren.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Er beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 1 Abs. 8 BauGB die Aufstellung und gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die öffentliche Auslegung der I. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 998 - Vaalser Straße / Neuenhofer Weg - in der vorgelegten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 8 Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Rothe Erde | Einleitung von Vorbereitenden
Untersuchungen**

Vorlage: FB 02/0217/WP18

Für die Fraktion der Grünen dankt Frau Dörter der Verwaltung für die zügige Umsetzung der Beschlüsse aus dem Dezember. Man werde dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen, da man die Anwendung des Besonderen Städtebaurechts in diesem Bereich zur Steuerung und zum Erreichen der städtischen Ziele für notwendig und richtig halte. Neben diesem wichtigen Transformationsprozess stünden jedoch in Rothe Erde noch weitere Standorte vor tiefgreifenden Veränderungen, daher müsse man ggf. mit einer eher informellen Planung einen Gesamtblick auf den Bereich richten. Hierzu werde die Koalition in Kürze einen Ratsantrag stellen.

Für die SPD-Fraktion schließt sich Herr Plum an und signalisiert ebenfalls Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung. Es sei wichtig, die städtischen Interessen und Entwicklungsziele für das Conti-Gelände zügig deutlich zu machen, dazu sei es sinnvoll, das Gebiet für die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme nicht zu groß zu fassen. Mit den vorbereitenden Untersuchungen schaffe man nun einen geeigneten Rahmen für eine Zusammenarbeit mit Eigentümer*innen und Erwerber*innen.

Für die Fraktion Die Linke betont Herr Beus, dass die Stadt in dem anstehenden Transformationsprozess eine starke Rolle einnehmen müsse. Die anstehende Konversion der Industriestandorte habe nicht nur tiefgreifende Veränderungen für die Arbeitswelten der Menschen zur Folge, sondern werde auch bedeutende Veränderungen für Rothe Erde insgesamt nach sich ziehen. Hierfür eine zukunftsfähige Form

zu finden, könne man nicht dem Markt überlassen, eine Mitwirkung müsse für alle möglich sein. Dies könne im Rahmen der Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme gelingen.

Frau Burgdorff dankt dem Ausschuss für das Vertrauen. Nur mit Verwaltung und Politik als starken Partnern könne die Stadt ihrer wichtigen Rolle in diesem Prozess gerecht werden. Es müsse allerdings auch klar sein, dass die Anwendung des Besonderen Städtebaurechts insbesondere in der Bauverwaltung personelle Ressourcen erfordere, die heute noch nicht in vollem Umfang vorhanden seien und in kommenden Stelleneinrichtungsverfahren geltend gemacht werden müssten.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Er bekräftigt die in dieser Vorlage beschriebenen Ziele zur nachhaltigen und zukunftsweisenden Revitalisierung des Gewerbestandorts Rothe Erde. Der Standort soll als Teil des Gemeindegebiets entsprechend seiner besonderen Bedeutung für die städtebauliche Entwicklung als letzte große integrierte Fläche mit Möglichkeit zur Produktion im Rahmen einer städtebaulichen Neuordnung einer neuen Entwicklung zugeführt werden.

Er und empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen, die Verwaltung mit der Vorbereitung einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme gemäß § 165 BauGB zu beauftragen und zu diesem Zweck den Beschluss über die Einleitung von vorbereitenden Untersuchungen gemäß § 165 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 141 BauGB für das in der Anlage 1 dargestellte Untersuchungsgebiet zu fassen.

Der Beschluss wird ortsüblich bekannt gemacht und dabei auf die Auskunftspflicht nach § 138 BauGB hingewiesen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 9 Bebauungsplan - Philipsstraße / Lilienthalweg -

hier:

1. Aufstellungsbeschluss

2. Erlass einer Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht gem. § 25 BauGB im Stadtbezirk Aachen-Mitte für den Bereich Philipsstraße / Lilienthalweg

Vorlage: FB 61/0543/WP18

Für die SPD-Fraktion betont Herr Plum, dass der städtebauliche Handlungsbedarf in diesem Bereich unstrittig sei. Man werde dem Beschlussvorschlag daher folgen, beantrage jedoch, die Zielsetzung für den Einzelhandel anders zu fassen und statt der vor der Verwaltung vorgeschlagenen „Steuerung“ die Formulierung „Sicherung und Festsetzung von Einzelhandel“ zu beschließen. Man sei der Auffassung, dass man die beiden Einzelhandelsbetriebe im Plangebiet aufgrund ihrer wichtigen Nahversorgungsfunktion nicht anhand der üblichen Maßstäbe beurteilen könne. Für die

Hüttenstraße und das umliegende Quartier seien diese Einkaufsmöglichkeiten von großer Bedeutung, daher wolle man sie auch weiterhin ermöglichen.

Für die CDU-Fraktion dankt Herr Gilson der Verwaltung und kündigt Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung sowie zum von der SPD-Fraktion eingebrachten Änderungsantrag an. Angesichts der vielen anstehenden Veränderungen in und um Rothe Erde sei es wichtig, die Entwicklung im Auge zu behalten und den Veränderungsprozess möglichst in Zusammenarbeit mit den Eigentümer*innen zu steuern.

Frau Strehle erläutert die Rechtslage im Hinblick auf Einzelhandel im Gewerbegebiet und legt dar, dass eine Festsetzung von Einzelhandelsbetrieben im vorliegenden Fall aus ihrer Sicht auch vor dem Hintergrund des Aachener Nahversorgungs- und Zentrenkonzepts und dessen Überwachung durch die Bezirksregierung Köln kritisch zu sehen sei.

Herr Plum vertritt die Auffassung, dass eine Lösung innerhalb der geltenden Rechtslage möglich sein müsse. Die Frage der Großflächigkeit sei dabei nicht entscheidend, vorrangig sei der Wunsch, die beiden ansässigen Discounter dauerhaft zu sichern und eventuell kleinere Erweiterungen zu ermöglichen.

Frau Burgdorff versichert, dass der politische Wille deutlich geworden sei, die Verwaltung müsse das Anliegen jedoch aus der Fachlichkeit heraus prüfen und bewerten.

Nach einer ausführlichen Diskussion, an der sich seitens des Ausschusses die Herren Plum, Gilson und Allemand sowie seitens der Verwaltung Frau Burgdorff, Frau Strehle und Frau Steffens beteiligen, verständigt sich der Ausschuss darauf, die von der SPD-Fraktion beantragte Änderung heute unter dem Vorbehalt einer rechtlichen Prüfung durch die Verwaltung zu beschließen.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Er beschließt gemäß § 2 Abs.1 BauGB zur Sicherung nachfolgender Ziele der Bauleitplanung

- geordnete städtebauliche Entwicklung mit gewerblichem Schwerpunkt
- Schaffung von Raumkanten entlang der Philipsstraße und Hüttenstraße
- Nachverdichtung mindergenutzter Flächen
- Berücksichtigung klimatischer Ziele (FNP)
- Klimaverträgliche Höhenentwicklung und Dichte
- Begrenzung bzw. Verringerung der Versiegelung, Erhöhung des Grünanteils
- Einsatz erneuerbarer Energien
- Verringerung der Stellplatzflächen auf ein maximal erforderliches Maß
- **Sicherung und Festsetzung von Einzelhandel**

die Aufstellung des Bebauungsplanes - Philipsstraße / Lilienthalstraße - für den Planbereich im Stadtbezirk Aachen-Mitte.

Weiterhin empfiehlt der Planungsausschuss dem Rat, zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung für die im Planbereich zwischen Philipsstraße und Lilienthalstraße im Stadtbezirk Aachen-Mitte befindlichen Grundstücke eine Satzung zur Ausübung eines besonderen gemeindlichen Vorkaufsrechts gemäß § 25 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB zu beschließen.

Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der rechtlichen Umsetzbarkeit des Ziels „Sicherung und Festsetzung von Einzelhandel“. Die Verwaltung wird beauftragt, dies zu prüfen und im Falle einer negativen Einschätzung den Punkt erneut vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 10 Aufhebung der Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht gem. § 25 BauGB am Dreiländereck

Vorlage: FB 61/0559/WP18

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Er empfiehlt dem Rat, die Aufhebung der Satzung zur Ausübung eines besonderen gemeindlichen Vorkaufsrechts gemäß § 25 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB im Planbereich im Stadtbezirk Aachen-Laurensberg zwischen niederländischer und belgischer Staatsgrenze, Waldgrenze, Friedrichweg, Bebauungsgrenze Steppenbergr, Burgstraße und Bebauungsgrenze Vaalserquartier zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 11 Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

zu 12 Interimsfeuerwache - Standortentscheidung

Vorlage: FB 37/0018/WP18

Für die SPD-Fraktion zeigt sich Herr Plum froh darüber, dass endlich der dringend benötigte Standort für die Interimsfeuerwache gefunden worden sei. Man wolle dem Beschlussvorschlag der Verwaltung daher zustimmen, auch wenn man sich darüber im Klaren sei, dass die Nachbarschaft zu einer

Flüchtlingsunterkunft alles andere als ideal sei. Da die vorgeschlagene Fläche trotz dieses Nachteils immer noch der beste zur Verfügung stehende Platz sei, wolle man die Verwaltung darum bitten, alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Auswirkungen für die Bewohner*innen der Unterkünfte so gering wie möglich zu halten.

Für die Fraktion der Grünen sieht auch Frau Dörter in dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Standort die richtige Lösung. Bei dieser Variante sei mit den wenigsten Beeinträchtigungen während der Bauzeit zu rechnen, zudem sei der Rückbau nicht Voraussetzung für die Errichtung der endgültigen Wache. Trotz der kritischen Stellungnahme des FB 36 halte man den Standort in der Abwägung für vertretbar, insbesondere, da es durch den anstehenden Rückbau an der Karl-Marx-Allee hoffentlich nur zu einer temporären Mehrbelastung kommen werde.

Für die Fraktion Die Linke kritisiert Herr Beus, dass die jetzt vorgeschlagene Fläche von allen Optionen die einzige sei, auf der Menschen wohnten. Daher halte man die Entscheidung für diese Fläche für grundsätzlich falsch, auch wenn man die Ergebnisse der Standortuntersuchung nachvollziehbar finde. Da man aber dem wichtigen Anliegen der Feuerwehr nicht entgegen stehen wolle, werde man sich bei der heutigen Beschlussfassung enthalten.

Für die CDU-Fraktion äußert Herr Gilson Unterstützung für den Beschlussvorschlag der Verwaltung. Auch wenn die Fläche nicht ideal sei, sei man froh, dass endlich eine umsetzbare Lösung gefunden sei. Man bitte die Verwaltung um eine sorgsame Kommunikation mit den Bewohner*innen der Unterkünfte und außerdem darum, die Planungen und Arbeiten zur Errichtung der endgültigen Wache parallel zügig voranzutreiben.

Für die Fraktion Die Zukunft kündigt Herr Allemann an, dass man gegen die von der Verwaltung vorgeschlagene Lösung stimmen werde. Die Entscheidung sei schwierig, da beide Nutzungen wichtig seien, aber letztlich halte man die Inanspruchnahme der für die Flüchtlingsunterbringung genutzten Fläche für nicht richtig.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen, am Standort Heidbendenstraße 1 (östliche Teilfläche) die Errichtung einer Interimswache in Container/Leichtbauweise zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei einer Enthaltung (Die Linke) und einer Gegenstimme (Die Zukunft)